

Alles wird gut : Die Propagandamaschine der Klima-Alarmisten ...)*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 8. November 2021

James Delingpole*

Die Propagandamaschine der Klima-Alarmisten wird übermächtig.

Dabei gibt es allen Grund für Zuversicht.

„Wie stoppen wir das?“, fragt der Spiegel auf dem Titelbild seiner aktuellen Ausgabe, im Hintergrund eine ausgetrocknete, rissige, schlimm aussehende Erdkugel, von der rechts unten ein ganzes Stück fehlt. «Der Planet kollabiert», wird uns verkündet, als wäre es eine unstrittige Tatsache und nicht eine hysterische Spekulation.

Genau so verfahren alle anderen Mainstream-Medien. Von der *New York Times* bis zum *Guardian* – die Botschaft ist immer die gleiche: Die Welt steuert ihrem Untergang entgegen, es ist alles unsere Schuld, und die Uno-Klimakonferenz in Glasgow ist buchstäblich unsere allerletzte Chance.

Wissen Sie, wie viel eine derart flächendeckende Propagandakampagne kostet? Das ist unmöglich, zu beziffern. Das menschliche Gehirn kann sich solche Zahlen nicht vorstellen. Dennoch habe ich **Benny Peiser** (früher Mitglied bei den deutschen Grünen, heute Mitarbeiter bei der klimaskeptischen Global Warming Policy Foundation) gebeten, die jährlichen Ausgaben der globalen Klimaindustrie zu schätzen.

«Gigantische Summen»

«Sieben Milliarden?», sagte er spontan, was nur halb scherzhaft gemeint war. «Wo soll man anfangen?» Die Gehälter der ganzen Akademiker, die die Klimaagenda vorantreiben, die zuständigen Beamten, die Steuergelder, die für Subventionen aufgewendet werden, die Investitionen der Unternehmen. «Es sind gigantische, schlicht unvorstellbare Summen.»

Und hier haben wir das Grundproblem der Klimaindustrie: Dieser Komplex

ist unterdessen so mächtig geworden, dass er nicht mehr zurückgedrängt werden kann. Dieser gigantische Apparat, unempfänglich für Logik oder Kosten-Nutzen-Analysen, **ist ein Koloss, der alles gnadenlos plattmacht und mit seinen schrillen Anklagen die Stimmen vernünftiger, anständiger, kenntnisreicher Wissenschaftler übertönt**, die sachlich, mit Augenmass und mit Fakten über das Thema diskutieren wollen.

Im Laufe der Jahre habe ich mit vielen dieser Leute gesprochen – mit den Physikern William Happer und Richard Lindzen, mit Fred Singer, mit dem Geologen Ian Plimer. Sie alle sind (oder waren) anerkannte Experten und herausragende Vertreter ihres Fachs. Alle wurden von ihren Kollegen und den Institutionen marginalisiert und von den Medien weitgehend ignoriert, weil ihre hoffnungsvolle Botschaft einfach nicht zum modischen Katastrophennarrativ passt.

Wie lautet ihre Botschaft? Ganz einfach: Die Erderwärmung (beziehungsweise «der Klimawandel» oder die «Klimakatastrophe» – es werden ja immer neue Begriffe eingeführt) **ist in Wahrheit kein Problem. Sie existiert als Bedrohung nur in Klimamodellen, die inzwischen von der Realität weitgehend widerlegt worden sind.**

Grösster Betrug in der Geschichte

Das Gleiche gilt für all die anderen unablässig beschworenen «Umweltbedrohungen» – *die hilflosen Eisbären, die versinkenden Pazifikinseln, die schmelzenden Gletscher, die Walrosse, die sich in den Tod stürzen, das sterbende Great Barrier Reef, der Plastikmüll im Pazifik, die Versauerung der Meere, die schmelzenden Polkappen, die beispiellosen Waldbrände, das Artensterben und so weiter.*

Keine einzige dieser Horrorgeschichten hält einer kritischen Überprüfung stand. Es ist alles grüne Propaganda, die in der Öffentlichkeit ein Klima von Angst erzeugen soll, damit gewisse Interessengruppen hübsche Profite aus den kostspieligen Lösungen für diese imaginären Probleme ziehen können.

Seit fast zwanzig Jahren verfolge ich diesen ungeheuren Skandal, **den grössten wissenschaftlichen Betrug in der Geschichte der Menschheit**. Und immer wieder überrascht und erschreckt es mich, wie unverwüstlich die grosse Lüge ist. Als ich beispielsweise **2009** bei der Aufdeckung des «**Climategate**»-Skandals mithalf (die Wissenschaftler im Zentrum der globalen Klimaindustrie hatten alle möglichen schmutzigen Tricks angewendet), stellte ich mir vor, dass dieser unglaubliche Schwindel unter der Last der Beweise zusammenbrechen würde.

Doch die Betrüger sind ebenso schamlos wie raffiniert. Sie geniessen die Unterstützung von Unternehmen, Regierungen und Medien. Unlängst sendete die BBC einen Film zum Thema «Climategate». Doch statt den Hauptverantwortlichen als Betrüger vorzuführen, der die Klimaforschung für politische Zwecke missbraucht, wurde er als Held gezeigt, der von

üblen, ignoranten Journalisten gemobbt wird, weil er seinen Job macht.

In den letzten Jahren ist die Wahrheit in Sachen Klima durch eine massive Propagandakampagne praktisch begraben worden – die einen autistischen, zopftragenden Teenager namens Greta ehrfürchtig wie eine Heilige behandelt, während seriöse Wissenschaftler, die ihr Leben der Erforschung dieser Fragen widmen, als Spinner und Sonderlinge abgetan werden.

Noch vor fünf Jahren konnte ich in britischen Zeitungen Artikel über die Sinnlosigkeit von teuren, unzuverlässigen und hässlichen Windrädern veröffentlichen, die eine Gefahr für Fledermäuse und Vögel sind. Doch diese Zeit ist vorbei. In Grossbritannien sind Redaktionen eingeschüchtert durch immer neue ärgerliche Beschwerden von Umweltaktivisten bei der Medienaufsicht, die ihnen oft genug recht gibt. Und angesichts sinkender Auflage sind Zeitungen immer mehr von staatlichen Anzeigen abhängig. Seit der Corona-Krise ist die britische Regierung der wichtigste Anzeigenkunde. Und da Boris Johnson, wie die meisten seiner westlichen Kollegen, die Umweltpolitik massiv ausbaut, will die käufliche Presse nicht zurückstehen.

Johnson war selbst ein ausgesprochener Klimaskeptiker. Als Kolumnist hat er sich oft lustig gemacht über die Absurditäten grüner Ideologen. 2013 etwa schrieb er, dass Windkraftanlagen so schwach seien, dass sie «nicht die Haut von einem Reispudding entfernen können».

Perfekt inszenierte Veranstaltung

Aber seit er Premierminister ist (und seine Instruktionen vermutlich von der globalen Elite bezieht, die hinter der grünen Agenda steht), schlägt er neue Töne an. Seine Eröffnungsrede in Glasgow war beispielhaft für jene unausgegorenen Halbwahrheiten und peinlichen Dummheiten, die der Klimakomplex so gern verbreitet.

Er leugnete die Errungenschaften der industriellen Revolution (die in erster Linie dafür gesorgt haben dürfte, dass Grossbritannien heute so wohlhabend ist, und ohne die Boris' Vater es sich nie hätte leisten können, seine Söhne auf ein vornehmes Internat wie Eton zu schicken) und verglich die «Kolben und Turbinen und Maschinen» mit einer tickenden bondschen «Zeitbombe», die «das menschliche Leben, wie wir es kennen, für immer auslöschen wird».

Das ist natürlich kompletter Unsinn, und das weiss Johnson auch. Aber darum geht es nicht. **Die Uno-Klimakonferenzen sind pures Theater – perfekt inszenierte Veranstaltungen**, die uns glauben machen sollen, dass immer höhere Umweltabgaben, die vorgeschriebene Verwendung teurer erneuerbarer Energien sowie das Verbot von Benzin- und Dieselautos und Flugreisen nur ein einziges Ziel verfolgen – nämlich die Rettung des Planeten.

Privatjets und Limousinen

Aber das stimmt einfach nicht. Das wahre Ziel der Umweltagenda ist unverändert: Eine parasitäre malthusianische Elite, die die kleinen Leute verachtet, will ihre Gier befriedigen und, ihre Absichten mit wohlklingenden Parolen geschickt tarnend, ihre Macht ausbauen und absichern. Deshalb strömen ihre Vertreter massenhaft in ihren Privatjets und Limousinen zu diesen Umweltkonferenzen, um zu demonstrieren, wie egal ihnen unsere Interessen sind, und um uns daran zu erinnern, dass wir das Volk sind und sie die Herren.

Das Wichtigste, das jeder erkennen sollte, wenn er all die deprimierenden Schlagzeilen liest, die vom Umweltgipfel in Glasgow inspiriert wurden: **Die Wahrheit ist das genaue Gegenteil dessen, was Politiker, Wissenschaftler und Medienhysteriker sagen.** Die Welt stirbt nicht, sondern erfreut sich bester Gesundheit: **Der zusätzliche CO2-Gehalt in der Atmosphäre bewirkt eine globale Begrünung** – eine Zunahme der Vegetation an Wüstenrändern wie der Sahelzone in Nordafrika. Korallenriffe, die aufgrund von Bleiche abgestorben schienen, haben sich erholt. Die Eisbär-Populationen boomen.

Es gibt viele Dinge, über die man sich im Jahr 2021 Sorgen machen kann. Eine drohende Umweltkatastrophe gehört ganz sicher nicht dazu.

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 44 (2021)| 4. November 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **James Delingpole** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

James Delingpole schreibt seit zwei Jahrzehnten über den Klimawandel und die Umweltbewegung. Er ist der Autor von «Watermelons: The Green Movement's True Colors», ein Bericht über die Machenschaften und Motive des Klimaindustrie-Komplexes.

Aus dem Englischen von **Matthias Fienbork**

=====

Editorial WELTWOCHEN*: Die

Münzenwerfer von Rom

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 8. November 2021

=====
=====
Roger Köppel (Red. WELTWOCHEN ZÜRICH)*

Manchmal sagen Bilder mehr als tausend Worte. Zum symbolischen Schlussakt des weitgehend ergebnislosen G-20-Treffens in Rom standen die Staatsoberhäupter zusammen und warfen, wie es sonst nur Touristen, Liebespaare oder Verzweifelte tun, rückwärts über die rechte Schulter Münzen in den berühmten Trevi-Brunnen. Das Ritual soll Glück bringen.

=====
Ich fand die Szene sympathisch. Sie war von bezwingender, vermutlich unfreiwilliger Ehrlichkeit, und zwar in doppelter Hinsicht. Zum einen werfen Politiker oft genug mit Geld um sich, das ihnen andere Menschen, die Steuerzahler, gegeben haben. Erfolg ungewiss. Zum andern hat Politik häufig etwas Irrationales. Man tut etwas und hofft, dass es etwas bringt. Erfolg noch ungewisser.

Ich will nicht zynisch klingen. Politik kann auch Staatskunst sein. Es gibt viele beeindruckende und intelligente Politiker. Was wir an ihnen kritisieren, ist nicht selten der Tragik der Umstände und den unglücklichen Nebenwirkungen von Handlungen geschuldet, auf die man sich guter Hoffnung eingelassen hatte, um dann von den unbeabsichtigten Folgen brutal überrascht zu werden.

Es gibt Faustregeln: Zu Leb- und Amtszeiten beliebte Politiker erweisen sich im Urteil der Geschichte oft als die unfähigsten. Nehmen wir eine Bundesrätin Doris Leuthard in der Schweiz. Sie war der Liebling der Medien, in allen Umfragen weit oben. Inzwischen merken die Leute, dass ihre wendehalsige Energiepolitik die Schweiz in ein schwarzes Stromloch stürzen könnte.

Die Münzenwerfer von Rom sind das Sinnbild unserer Zeit. Überall türmen die Staaten Schulden auf. Wir haben auf «Weltwoche daily» von der Europäischen Zentralbank als einer «kriminellen Organisation» gesprochen. Das ist nur leicht übertrieben. Die EZB wirft mit Unmengen von gedrucktem Geld um sich, um damit den Staaten das Schuldenmachen zu erleichtern. Viele halten das für einen Verstoss gegen die Regeln und Gesetze, auf denen die EZB errichtet wurde.

Ein besonderes Spektakel des Münzenwerfens bietet die Klimakonferenz von Glasgow.

Hier sind die Politiker drauf und dran, nicht ein paar Münzen, sondern ganze Ozeane von Geld aufzuwerfen, beziehungsweise den Steuerzahlern

abzunehmen, um damit, wie sie sagen, den Planeten Erde zu retten. Es ist wahrscheinlich das grösste Opfer an Wohlstand in der Geschichte der Menschheit.

Erfolg mehr als ungewiss.

Ich misstrauere dieser masslosen Politik der internationalen Konferenzen.

Ich fände es am besten, die Schweiz würde sich davon fernhalten, gar nicht erst hingehen. In aller Regel ist für die Menschen ausser Kriegen fast nichts gefährlicher als ein Saal voller Politiker, die davon überzeugt sind, eine wirklich gute Idee zu haben.

Ich möchte nicht missverstanden werden: Es braucht Konferenzen. Ich finde es richtig, wenn Politiker miteinander reden. Das Gespräch ist ein Instrument der Zivilisation, wenn unter Zivilisation ein Prozess verstanden wird, bei dem sich die Menschen friedlich über Dinge unterhalten, die sie beschäftigen, und über Probleme, die gelöst werden müssen.

Allerdings liegt im Gespräch auch eine Gefahr, und im Gespräch unter Politikern, Regierungschefs zumal, liegt eine besondere Gefahr. Ich meine die Rudelbildung, die kartellmässige Verklumpung von Macht- und Interessengruppen, die an solchen Konferenzen merken, wie sie ihre Interessen gegen andere Gruppen, in diesem Fall die Bürger, besser durchsetzen können.

Klimapolitik ist so ein wunderbarer Macht- und Interessenhebel für die Politik. Klimapolitik bedeutet, dass sich Regierungen grossräumig, global, weltweit gleichschalten, um wirksamer, und das heisst immer: undemokratischer, von oben regieren zu können. Klimapolitik bedeutet mehr Macht für die Politiker, für den Staat und seine Profiteure, aber weniger Macht für die Bürger, die bezahlen und ausbaden müssen, was die Weltklimapolitik über ihre Köpfe hinweg entscheidet.

«Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.» Diesen Satz habe ich während meines Studiums gelesen. Geschrieben hat ihn ein Staatsrechtslehrer, der anhand dieses Satzes die Notwendigkeit und Vernünftigkeit der Diktatur als Staatsform belegen wollte. Diktatoren brauchen den Ausnahmezustand, den sie selber ausrufen, um ihre Diktatur zu installieren.

In Glasgow ist viel von der «Klimakatastrophe» die Rede. Ohne den Hauch eines Zweifels übernehmen die Medien solche Begriffe. Mit Blick auf die Klimakonferenz war von der «drohenden Auslöschung der Menschheit» die Rede. Die Prediger des Ausnahmezustands sind mitten unter uns, und niemand scheint ihnen widersprechen zu wollen.

Ich masse mir nicht an, es besser zu wissen als all die Wissenschaftler, die aufgrund ihrer Computermodelle überzeugt sind, die Erde werde in spätestens achtzig Jahren verglühen. Aber mir macht die angeblich menschengemachte «Erderhitzung» (noch so ein Alarmwort) entschieden

weniger Angst als die Selbstverständlichkeit, mit der Politik und Medien den Ausnahmezustand heraufbeschwören.

Da sind mir die Münzenwerfer vom Trevi-Brunnen viel lieber. Sie lassen immerhin die Interpretationsvariante zu, es könnte ihnen bewusst sein, dass man am Ende eben tatsächlich nie wissen kann, was die eigene Politik bewirkt. Wer Münzen in einen Brunnen wirft, akzeptiert ein höheres Schicksal. Er vertraut auf sein Glück und muss keine Diktatur einführen.

Glasgow ist das Gegenteil des Trevi-Brunnens. Dort sind religiöse Überzeugungstäter am Werk, Missionare des Notstands, Vollstrecker des Ernstfalls, den sie gebieterisch herbeireden. Nie würden sie Münzen in einen Brunnen werfen. Sie glauben nicht ans Schicksal, ihr Mass sind sie selbst, und entsprechend masslos ist ihre Politik.

Aber auch aus Glasgow gibt es tröstliche Bilder.

Auf einem sehen wir US-Präsident Joe Biden, friedlich schlafend während einer Sitzung. Wenn der mächtigste Mann der Welt an einer Konferenz zur Rettung des Planeten ein Nickerchen macht, kann die Menschheit nicht verloren sein. R. K.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 44 (2021)| 4. November 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Roger Köppel** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.

=====

Energiewende : Das Märchen vom „grünen Wirtschaftswunder“

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 8. November 2021

Energiewende: Das Märchen vom „grünen Wirtschaftswunder“)*

Pariser Klimaschwindel*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 8. November 2021

Beat Gygi (Red. WELTWOCHEN Zürich)*

=====
Die Schweiz will sich an der Uno-Klimakonferenz in
Glasgow gegen Betrug einsetzen. Das bringt nichts.

Der Pariser Abkommen ist auf Täuschung angelegt.
=====

Am 31. Oktober beginnt in Glasgow die 26. Uno-Klimakonferenz, die COP 26. Sie hätte eigentlich 2020 stattfinden sollen, wurde aber wegen Corona um ein Jahr verschoben. Der zweiwöchige Anlass in Glasgow gilt für Regierungen, Politiker, Verwaltungen und Interessengruppen als wichtiges Treffen, weil dies die erste Zusammenkunft seit dem Start des Pariser Abkommens ist, das für die Zeit nach 2020 die Klimapolitik der Staaten weltweit koordinieren soll. «Paris» ist ein Leuchtturm für die ganze Klimaszene. Auch ohne viel nachzudenken, kann man diesen als Orientierung nutzen, und jetzt steht er vierzehn Tage in Glasgow.

Auf dem Konferenzprogramm stehen drei Hauptthemen: erstens Treibhausgasminderung und Temperaturmässigung, zweitens Anpassung an den Klimawandel und drittens Finanzierung von Massnahmen, etwa die Unterstützung der Entwicklungsländer durch **die Industrieländer mit jährlichen Nord-Süd-Flüssen von gegen hundert Milliarden Dollar. Diese Summe ist denn auch ein wichtiges Motiv für Regierungen ärmerer Länder, an die Konferenz zu reisen und da zu feilschen.**

Neue Grundlagen

Aber Punkt eins dominiert: **Das emotional und ideologisch aufgeladene Temperatur- und CO₂-Bedrohungsbild.** Kürzlich hat die Internationale Energieagentur das Terrain vorbereitet, Stimmung gemacht mit der Publikation des neuesten «Welt-Energie-Ausblicks» – einer Spezialausgabe, die eigens «gestaltet wurde, um die Entscheidungsträger an der COP 26 zu unterstützen und ihnen die wichtigsten Punkte darzulegen», um den Energiesektor auf neue Grundlagen zu stellen.

Zentrale Botschaft des Berichts: Es wird noch viel zu wenig getan, um die Ziele zu erreichen, die im Pariser Abkommen enthalten sind und vom Weltklimarat (IPCC) unterschwellig immer wieder beschworen werden. Das Ziel von «Paris» ist eine Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius oder jedenfalls auf unter 2 Grad. Die Mahnung der Energieagentur findet bei zahllosen Umwelt-Interessenorganisationen grosses Echo und

wird weiterverbreitet, etwa vom WWF: Nach dem Weltklimarat im Sommer zeige jetzt auch der «Welt-Energie-Ausblick», dass zu wenig getan werde, um die «Erderhitzung» – so der Kampfbegriff – auf 1,5 Grad zu beschränken. Der Report sei ein letzter Warnruf vor der Konferenz in Glasgow. Die Staatengemeinschaft müsse jetzt dringend handeln, die Zeit dränge.

In der Wirtschaft ist die Begeisterung geringer, aber man fügt sich; viele Firmen nehmen die Pariser Ziele wie selbstverständlich hin, wie einen Rahmen, dem sie nicht ausweichen können. Oft nutzen sie das Schlagwort «Paris» auch als Begründung für ihre eigenen betrieblichen Klimastrategien, weil sie damit rechnen, dem sich überall ausbreitenden Soft Law sowie den kommenden Regulierungsvorgaben dadurch eher genügen zu können. In Deutschland kam es so weit, dass das Bundesverfassungsgericht Beschwerden gegen das deutsche Klimaschutzgesetz teilweise stützte, weil dieses für die heute Lebenden zu wenig streng sei und künftigen Generationen zu grosse CO₂-Reduktionen aufbürde.

Basis für das Verfassungsgericht war die fixe Idee von Paris: Die im Abkommen versprochenen Treibhausgas-Reduktionsziele sind aus dieser Sicht unbedingt einzuhalten, wenn ein Staat einmal ja gesagt hat zu diesen Vorgaben. Das heisst, dass es von heute an bis in alle Ewigkeit nur noch ein bestimmtes Budget an CO₂-Emissionen gibt, das man, zum Beispiel als Land, bis zum Erreichen des Netto-null-Zeitpunkts ausstossen darf. Also: Je mehr Emissionen heute erfolgen, desto weniger darf man sich morgen erlauben. Ein fixes Budget mit festem Zahlungsplan, bei Verfehlung in Deutschland von den eigenen Bürgern einklagbar. Eine Regierung, die ja sagt zum Pariser Abkommen, ist in einem Programm gefangen, das keinen Spielraum lässt für demokratisch gewollte Anpassungen des Kurses, ist auf einer festen Schiene – wenn man «Paris» ernst nimmt.

Die Schweiz ist auch auf der Schiene, sie hat das Pariser Abkommen ebenfalls ratifiziert. Insgesamt sind über 190 Regierungen dabei, viele reisen nach Glasgow. Laut Angaben der Bundesverwaltung wird die Schweiz zum Auftakt der Konferenz von Bundespräsident Guy Parmelin am 1. und 2. November am Leader's Summit, dem Treffen der Staats- und Regierungschefs, vertreten. Die gesamte Schweizer Verhandlungsdelegation für Glasgow umfasst laut Informationen des Departements für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) elf Personen und steht unter der Leitung von Botschafter Franz Perrez aus dem Bundesamt für Umwelt (Bafu), einem Juristen mit langer Erfahrung in internationalen Beziehungen. Das Budget wird auf 136 500 Franken veranschlagt.

Mitreisen werden laut den Angaben zudem drei Personen der sogenannten Zivilgesellschaft, darunter zwei aus der Wirtschaft (Swissbanking und Schweizerischer Versicherungsverband) und eine Vertretung aus der Umweltallianz (WWF). Darüber hinaus soll jemand aus der Wissenschaft, von der Universität Genf, die Schweizer Gruppe begleiten. Zudem werde

laut Uvek im Rahmen eines «Youth Rep»-Programms, wie es im Aussendepartement seit einigen Jahren etabliert sei, eine Vertreterin der Jugend an der Konferenz teilnehmen.

Wie sieht die Reise umweltmässig aus? Die Mitarbeiter des Bafu werden laut den Angaben per Zug anreisen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga will am 10. November direkt nach der Bundesratssitzung an die dann schon ein paar Tage alte Konferenz nach Glasgow fliegen, begleitet von zwei Personen. Bundespräsident Parmelin nimmt für seinen Besuch ebenfalls das Flugzeug, auch in Begleitung von zwei Personen.

Die Ziele der Schweizer Verwaltung für Glasgow: im Pariser Abkommen einheitliche und griffige Regeln etablieren, die für alle Länder gelten. Zunächst einmal will man sicherzustellen versuchen, dass Treibhausgasemissionen, die ein Land im Ausland vermindert, nicht doppelt angerechnet werden können, also nicht im Geberland und gleichzeitig auch im Empfängerland – eigentlich eine Selbstverständlichkeit für ein System, das von rechtschaffenen Parteien betrieben wird. Aber offenbar ist das Pariser System anfällig für Schwindel.

Die Schweiz will sich des Weiteren für Investitionen besonders auch in den Klimaschutz in Entwicklungsländern einsetzen. Man will zudem, dass alle Staaten Strategien entwickeln, um bis 2050 klimaneutral zu werden. Und schliesslich erwartet Bern eine Entscheidung über gemeinsame Zeitpläne für die Klimaziele der Staaten (common time frames). All dies läuft letztlich darauf hinaus, dass die Schweizer Politik und Verwaltung sicher sein wollen, dass man im Pariser System nicht betrogen wird, dass alle fair mitziehen bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen, dass Verträge und Versprechen eingehalten werden, dass niemand die anderen ausnützt, **niemand Trittbrett fährt und dass transparent wird, wer was macht.**

System für Trittbrettfahrer

Und genau das kann man vom Abkommen von Paris nicht erwarten. Das ganze Konstrukt ist ja deshalb entstanden, weil es der Uno vorher nicht gelungen war, die Regierungen weltweit zu einem koordinierten Verringern der Treibhausgasemissionen zu bringen. Das frühere Arrangement, das Kioto-Protokoll mit ziemlich verbindlichen Vorgaben zur CO₂-Reduktion, wurde zuletzt nicht mehr von vielen befolgt und erfasste nur noch 14 Prozent der weltweiten Emissionen. Das Pariser Abkommen dagegen hat nun über 95 Prozent der weltweiten Emissionen unter seiner Kontrolle, es wirkt also umfassend.

Aber das Wort Kontrolle ist falsch. Es ist nur Schein. Jede Regierung kann Ziele nennen, diese werden vorgezeigt, die anderen kommentieren sie, es gibt Berichte, als ob man das ernst nähme – aber ob das Versprochene dann eingehalten wird, kümmert niemanden mehr gross.

Nichterfüllen der Ziele bleibt im Pariser Vertrag straflos. Das gab den

USA und China die Möglichkeit, sich in «Paris» einzuklinken und den Anschein zu erwecken, dass auch die beiden allergrössten Energieverbraucher und CO2-Emittenten nun bei der Klimarettung mit von der Partie seien.

Der Bundesrat nimmt all das ernst, er hat 2019 den CO2-Reduktionspfad eigenmächtig verschärft und netto null bis 2050 versprochen. Warum fragte er das Volk nicht? Und warum gibt er die Emissionen immer in Tonnen pro Land an und nicht pro Kopf? Der Treibhausgasausstoss der Schweiz hat sich von 1990 bis 2020 um rund 14 Prozent verringert, und das bei massiver Zuwanderung. Pro Kopf betrug die Reduktion 33 Prozent. «Das gilt nicht», kommt sofort der Einwand von Rot-Grün. Warum nicht? Im Pariser System nennen gut vierzig Regierungen wie die Schweiz ein absolutes Reduktionsziel pro Land. Aber über siebzig Länder messen die Emissionen relativ zum Referenzzustand, wie er ohne Bemühungen wäre, und zehn Länder nehmen die Emissionen pro Kopf oder pro Dollar Wertschöpfung.

Das Pariser Abkommen kann nie den Ansprüchen genügen, welche die Schweiz für Glasgow formuliert hat. **Das System ist auf Trittbrettfahren angelegt.** Wenn ein Land ernsthaft darum bemüht ist, die angegebenen Emissionsziele zu erfüllen und seine Wirtschaft bei Energieverbrauch und Emissionen zu drosseln, kann es nicht damit rechnen, dass die anderen auch so handeln. **Die Klimaschwindler lachen mehr oder weniger** heimlich über die braven Schweizer und ein paar andere Arglose, die ihre Wirtschaft bremsen. Es ist für die Schweiz eine **Verschwendung, in einem solchen System mitzumachen.**

=====

)* *Anmerkung der EIKE-Redaktion* :

Dieser Artikel ist zuerst erschienen in der WELTWOCHEN Zürich : | Die Weltwoche, Nr. 42 (2021)| 21. Oktober 2021 ; EIKE dankt der Redaktion der WELTWOCHEN und dem Autor **Beat Gygi** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme des Beitrages, wie schon bei früheren Beiträgen : <http://www.weltwoche.ch/>; *Hervorhebungen und Markierungen v.d. EIKE-Redaktion.*

=====

Stromversorgung: Wenn Windräder

einander den Wind wegnehmen*

geschrieben von Klaus-eckart Puls | 8. November 2021

Dagmar Jestrzanski (Red. PAZ)*

=====

Forscher sprechen von „Terrestrial Stilling“ :

Neueste Studien erhellen eine bislang verdrängte Nebenwirkung des massiven Ausbaus der „Erneuerbaren Energien“

=====

Seit 2016 forscht eine internationale Gruppe von Wissenschaftlern am Zentrum für Erdwissenschaften der Universität Göteborg in Schweden und in weiteren europäischen Forschungsinstituten im Rahmen des „European Union's Horizon 2020 Research and Innovation Programme“ über mögliche Ursachen für die seit Jahrzehnten abnehmenden Windgeschwindigkeiten über den Landflächen der mittleren Breiten der nördlichen Erdhalbkugel. Das in der Öffentlichkeit noch wenig bekannte Phänomen mit der Bezeichnung „Terrestrial Stilling“ (TS, „terrestrische Windberuhigung“) scheint sich global auszudehnen und betrifft auch Deutschland.

Windschwächere und windstärkere Perioden, zwischen denen jeweils 20- oder 30-jährige Ab- beziehungsweise Zunahmen erkennbar sind, werden laut dem Deutschen Wetterdienst (DWD) seit den 80er Jahren nicht mehr registriert. Weltweit ist der oberflächennahe Wind von 1968 bis 2014 um 0,5 Kilometer pro Stunde langsamer geworden, melden die „Stilling“-Forscher in ihrer jüngsten Veröffentlichung vom 10. März 2021. Das klingt nach wenig, doch TS könne in Zukunft zu enormen ökonomischen und ökologischen Problemen führen, warnen die Wissenschaftler.

Investoren sind beunruhigt

Auch der Höhenwind in der für die Windkraft kritischen Höhe von 100 bis 200 Metern wird offenbar schwächer. Windparkinvestoren sind schon länger beunruhigt. Der Ertrag pro Windkraftanlage ist Windgeschwindigkeit hoch drei, es macht also einen Unterschied, ob in Deutschland bei einer Abnahme des Windes von etwa 0,1 Meter pro Sekunde in zehn Jahren nach 20 Jahren mit 4,5 oder 4,8 hoch drei zu rechnen ist. So wurde beispielsweise für Osnabrück eine Abnahme der mittleren Windgeschwindigkeit von über 13 Prozent seit den 60er Jahren gemessen.

Desgleichen bestätigt eine Forschergruppe vom „Institute of Atmospheric Physics, Chinese Academy of Sciences“, Peking, in einer am 5. Oktober 2018 veröffentlichten Studie rückläufige Windgeschwindigkeiten in den mittleren Breiten der nördlichen Hemisphäre. In China, dem Land mit der

weltweit höchsten Windstrom-Kapazität, ebenso wie etwa in Texas/USA, verzeichneten die Regionen mit riesigen Windparks und großen „Windenergie-Reserven“ die stärkste Abnahme des oberflächennahen Windes.

Hiobsbotschaft aus der Forschung

In Europa haben demnach 50 Prozent der beobachteten Stationen seit 1979 mehr als 30 Prozent des Windkraftpotentials verloren. Die „Stilling“-Forscher um Cesar Azorin-Molina relativieren die Ergebnisse neuerer Studien, die meldeten, dass seit 2010 wieder eine Zunahme der Windgeschwindigkeiten verzeichnet werde. Dabei handele sich nicht um eine Trendwende, sondern eher um eine Variation, welche auf die atlantische und pazifische Schwankung zurückzuführen sei, die sich über Jahrzehnte erstreckt. In Deutschland wirke sich diese scheinbare Trendwende im Übrigen sowieso nicht aus.

Die „Stilling“-Forscher haben die gängigen Theorien zu möglichen Ursachen von TS nicht bestätigen können, betonen aber die Rolle der globalen Erwärmung bei der Abnahme des oberflächennahen Windes. Für das Phänomen TS haben die Wissenschaftler ein neues, auf einer Fülle von Datenreihen basierendes Rechenmodell entwickelt, das 1850 ansetzt, TS seit 1968 abbildet, auch die Veränderungen des Höhenwindes einbezieht sowie die weitere Entwicklung bis 2099 berechnet. Die Hiobsbotschaft lautet, dass TS in den mittleren nördlichen Breiten während des gesamten 21. Jahrhunderts andauern werde.

Die Wissenschaftler warnen vor Auswirkungen infolge geringerer Verdunstung für die Agrarwirtschaft und vor lang andauerndem Smog in Großstädten. Dies könne schwere gesundheitliche Schäden bei zahllosen Menschen zur Folge haben. Hinsichtlich der Windenergie raten sie zu einer „langfristigen Strategie“.

Offen bleibt, wie der Faktor des stetig gestiegenen Windenergie-Entzugs aus der unteren Atmosphäre durch die global zunehmende Windkraft-Nutzung mit immer mehr Windparks in der Studie gewichtet wurde. Von 2018 bis 2020 stieg die weltweit installierte Windkraftleistung von 591 Gigawatt (Milliarden Watt, kurz GW) auf 743 GW. Rechnet man zwei Megawatt (Millionen Watt, kurz MW) pro Anlage, ergibt sich die Zahl von 371.000 Windkraftanlagen, von denen sich bis zu 80 Prozent in den mittleren Breiten der nördlichen Hemisphäre drehen, also dort, wo TS in Erscheinung tritt und vermutlich einen dynamischen Aufschwung nimmt. Darauf lässt die Prognose einer Fortdauer des „Stilling“ während des 21. Jahrhunderts schließen.

Ausbau reduziert Energiepotentiale

Demgegenüber hat die Auswertung von Satellitendaten eine Erhöhung der Windgeschwindigkeit über den meisten Ozeanen um mindestens 0,25 Prozent pro Jahr während der vergangenen 20 Jahre ergeben. Auffällig ist die im Vergleich mit den Weltmeeren gegenläufige Entwicklung des Windes über der Nordsee, und zwar nicht nur im Bereich der Hochsee-Windkraft-Parks

mit teilweise mehreren hundert Windrädern, sondern weit darüber hinaus, wie jetzt festgestellt wurde.

Allein in der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) des Randmeeres entziehen 1500 Hochsee-Windräder permanent Strömungsenergie aus mehr als 200 Metern Höhe. Das Helmholtz-Zentrum Hereon für Küstenforschung in Geesthacht bei Hamburg veröffentlichte am 4. Juni einen Presstext zu einer neuen Studie mit der Überschrift: „Beschleunigter Ausbau der Offshore-Windenergie verändert das Windklima und reduziert zukünftige Energiepotenziale“.

Wind ist eine limitierte Ressource

Danach wirkt sich die atmosphärische Bremswirkung der Windkraftanlagen erstaunlich großräumig aus, im Durchschnitt 35 bis 40 Kilometer weit, bei bestimmten Wetterlagen sogar bis zu 100 Kilometer. Die Leistung eines benachbarten Windparks könne sich damit um 20 bis 25 Prozent verringern, was zu erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führe. Wind über der Nordsee könne als „limitierte Ressource“ betrachtet werden, heißt es.

Diese Erkenntnis ist also in der Wissenschaft angekommen, während eine breite Öffentlichkeit uninformiert bleibt. Die Aussage beinhaltet eine Warnung an die Verfechter eines weiteren exponentiellen Windkraft-Ausbaus in der Politik, den politiknahen Stiftungen und der Windindustrie. Nicht nur in Anbetracht des „Stilling“ wäre die Forderung nach einem Windkraft-Moratorium von Seiten der Wissenschaftler konsequent und fällig gewesen, denn „alle erneuerbaren Technologien wirken sich auf das Klima aus, da sie bei der Stromerzeugung Wärme, Strömung und Feuchtigkeit umverteilen“ (Lee Miller, „The Warmth of Windpower“, 2020).

Um den kurzfristigen Einfluss der Nordseewindparks auf das Wetter zu untersuchen, plant der DWD zurzeit ein mehrjähriges Forschungsvorhaben. Bereits 2017 hatten die Wetterforscher bekannt gegeben, dass die Westwindwetterlage in Norddeutschland nicht mehr vorherrschend sei. Wesentlich häufiger wehe der Wind aus Süden und Südwesten. Überregionale und langfristige Klimaeffekte durch die exponentiell gestiegene Windkraft an Land und auf See sind desgleichen zu erwarten. Dabei sollte auch ein möglicher Zusammenhang mit der seit längerem beobachteten Veränderung der Bewölkung (Wolkenverdünnung) geklärt werden.

„In der Atmosphäre hat Alles mit Allem zu tun“, liest man auf der Internetseite des Max-Planck-Instituts für Chemie, Mainz. Die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft ignorieren jedoch die zahlreichen neuen Studien, die genau das bestätigen. Chinesische Wissenschaftler haben bereits gemahnt, dass die physikalischen Prozesse in der Atmosphäre im Zusammenhang mit dem exponentiellen Windenergie-Entzug und dadurch entstehende Wetteränderungen vollständig verstanden werden müssten.

Auf Anfrage erklärte dazu das Deutsche Luft- und Raumfahrtzentrum (DLR): „Die externen Kosten von erneuerbaren Energien sind noch weitgehend unerforscht.“ Das DLR selbst forscht auf diesem Gebiet nicht, empfahl aber den Kontakt zur Deutschen Energieagentur DENA. Die DENA reagiert indessen nicht auf diesbezügliche Anfragen.

Folge einseitiger Betrachtung

Trotz des weiterhin ungeklärten Phänomens TS entsteht unterdessen durch das Beharren auf einer Klimapolitik mit der Windkraft als tragender Säule ein immer größeres Risiko für unsere existenziellen Lebensgrundlagen. Geschuldet ist diese Haltung dem einseitig CO₂-fokussierten klimapolitischen Konzept und milliardenschweren Investitionen in die Windkraft.

Meteorologen stellen sich hinter das Konzept, indem sie behaupten, dass die entzogene Windenergie laufend wieder ausreichend erzeugt werde, da die Atmosphäre unserer Erde einer großen Wärmekraftmaschine gleiche: Windenergie entstehe durch transformierte Sonnenenergie, nämlich durch die unterschiedliche Sonneneinstrahlung in den Tropen und am Pol. Und wir bekämen genug Sonnenenergie.

Gigantischen TS-Motor erschaffen

Die Erklärung mag schlüssig klingen – nur ist sie für die einzig mögliche Methode, Bewegungsenergie abzuschöpfen, gar nicht anwendbar: Standortgebunden abgeschöpfter Wind fehlt dauerhaft in den Windströmungen, solange sich jeweils die Rotoren drehen, da Wind permanent zeitgleich anströmt und zu etwa 40 Prozent abgeschöpft wird. Die Bezeichnung „erneuerbar“ für abgeschöpfte Windenergie ist daher falsch und irreführend.

Auch wurde bisher noch gar nicht berechnet, ob die Sonneneinstrahlung in den mittleren und hohen nördlichen Breiten generell ausreicht, um die aus der unteren Atmosphäre abgeschöpfte Energie für 600 GW Windstromleistung ständig zu kompensieren. Leider fehlt für solche Berechnungen bisher der politische Wille. Sollte die Rechnung nicht aufgehen, steht fest, dass wir uns mit der exponentiellen Windenergie-Abschöpfung einen gigantischen TS-Motor erschaffen haben.

=====

)* Anmerkung der EIKE-Redaktion :

Dieser Aufsatz ist zuerst erschienen in der **Preußischen Allgemeinen Zeitung**; 22. Oktober 2021, S.12; EIKE dankt der PAZ-Redaktion sowie der Autorin **Dagmar Jestrzanski** für die Gestattung der ungekürzten Übernahme, wie schon bei früheren Artikeln : <https://www.preussische-allgemeine.de/> ; *Hervorhebungen im Text*: EIKE-Redaktion.

)**

Auf Wunsch der Autorin wurden **hier** gegenüber dem in der PAZ publizierten Text einige kleine Änderungen...Ergänzungen editiert, die nach Aussage der Autorin Dagmar Jestrzemiński dem ursprünglich bei der PAZ vorgelegten Manuskript entsprechen.

=====